LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Drucksache 15/XXXX

15. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
und der Fraktion der FDP

zum Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2859

Der Entwurf wird wie folgt geändert:

I. Zu § 2:

I.1

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Kommunen erbringen die Komplementärmittel gemäß § 2 Absatz 2. Die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen durch einen Abzug bei der Finanzausgleichsmasse der Gemeindefinanzierungsgesetze in Höhe von 65 000 000 Euro im Jahr 2012 und jeweils 115 000 000 Euro in den Jahren 2013 bis 2020. Die Finanzierung der weiteren Komplementärmittel von 195 000 000 Euro ab dem Jahr 2014 bis zum Jahr 2020 erfolgt nach Maßgabe der jeweiligen Gemeindefinanzierungsgesetze.“

I.2

Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„Für Leistungen der Gemeindeprüfungsanstalt gemäß § 9 werden ab dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2020 jährlich vorab 4 200 000 Euro und zur Unterstützung der Tätigkeit der Bezirksregierungen gemäß §§ 5 bis 8 sowie ihrer weiteren Tätigkeiten im Rahmen der Begleitung der Haushaltskonsolidierung von Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation jährlich vorab 800 000 Euro aus den Mitteln gemäß Absatz 1 entnommen.“

II. Zu § 3:

In Satz 1 werden hinter dem Klammerzusatz „(§ 2 Absatz 1)“ die Wörter „abzüglich der Mittel gemäß § 2 Absatz 4“ eingefügt.

III. Zu § 4:

III.1 In Absatz 1 Halbsatz 2 werden die Wörter „in Verbindung mit § 2 Absatz 4“ gestrichen.

III.2 In Absatz 3 Halbsatz 1 werden die Wörter „in Verbindung mit § 2 Absatz 4“ gestrichen.

IV. Zu § 5:

Der § 5 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Für jede teilnehmende Gemeinde wird eine Unterstützung in Höhe von 25,89 Euro je Einwohner als Grundbetrag gewährt.

(2) Über Absatz 1 hinaus richtet sich der Anteil der einzelnen pflichtig teilnehmenden Gemeinde an den gemäß Absatz 1 verminderten Mitteln gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 4 nach ihrem Anteil an der strukturellen Lücke zuzüglich der Zinslast aus Liquiditätskrediten aller pflichtig teilnehmenden Gemeinden nach Maßgabe der Anlage zu diesem Gesetz.

(3) Ab dem Jahr 2014 erhalten die auf Antrag teilnehmenden Gemeinden über Absatz 1 hinaus den gleichen Prozentsatz der strukturellen Lücke zuzüglich der Zinslast aus Liquiditätskrediten nach Maßgabe der Anlage zu diesem Gesetz als Konsolidierungshilfe, den die pflichtig teilnehmenden Gemeinden im Jahr 2014 erhalten. In den Jahren 2012 und 2013 richtet sich der Anteil der einzelnen auf Antrag teilnehmenden Gemeinde an den Mitteln gemäß § 2 Absatz 2 nach ihrem Anteil an der strukturellen Lücke zuzüglich der Zinslast aus Liquiditätskrediten aller auf Antrag teilnehmenden Gemeinden nach Maßgabe der Anlage zu diesem Gesetz.“

V. Zu § 6:

V.1 Absatz 2 Nr. 1 Satz 1 Halbsatz 2 wird wie folgt geändert:

V.1.1 Hinter die Wörter „bei pflichtig teilnehmenden Gemeinden“ werden die Wörter „in der Regel“ eingefügt.

V.1.2 Hinter die Wörter „bei auf Antrag teilnehmenden Gemeinden“ werden die Wörter „in der Regel“ eingefügt.

V.1.3 Die Zahl „2017“ wird durch die Zahl „2018“ ersetzt.

V.2 Nach Absatz 2 Nr. 1 Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Die zum Erreichen der jährlichen Schritte notwendigen Teilziele werden im Haushaltssanierungsplan als Meilensteine dargestellt.“

V.3 Nach Absatz 2 Nr. 2 wird folgende Nr. 3 eingefügt:

„3. Sämtliche möglichen Konsolidierungsbeiträge der verselbständigten Aufgabenbereiche der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form werden geprüft und in den Haushaltssanierungsplan mit einbezogen.“

VI. Zu § 8:

Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:

„ist durch das für Kommunales zuständige Ministerium ein Beauftragter gemäß § 124 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zu bestellen.“

VII. Zu § 11:

Die Wörter „Ministerium für Inneres und Kommunales“ werden durch die Wörter „für Kommunales zuständige Ministerium“ ersetzt.

VIII. Zu § 12:

Dem § 12 Abs. 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Kommt es nach Inkrafttreten des Gesetzes zu einer unvorhergesehenen erheblichen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, wird die Evaluation des Gesetzes unverzüglich durchgeführt.“

Anlage	
Wünnenberg, Stadt	+ 318.281
Breckerfeld, Stadt	- 630.898
Ennepetal, Stadt	+ 114.138
Gevelsberg, Stadt	- 278.416
Hattingen, Stadt	- 4.723.579
Herdecke, Stadt	- 3.751.164
Schwelm, Stadt	- 7.749.319
Sprockhövel, Stadt	+ 2.455.948
Wetter (Ruhr), Stadt	- 3.708.083
Witten, Stadt	- 12.868.037
Arnsberg, Stadt	- 17.725.053
Bestwig	- 93.032
Brilon, Stadt	- 1.256.400
Eslohe (Sauerland)	+ 228.017
Hallenberg, Stadt	- 616.782
Marsberg, Stadt	- 1.336.239
Medebach, Stadt	- 847.133
Meschede, Stadt	+ 627.767
Olsberg, Stadt	+ 1.533.020
Schmallenberg, Stadt	- 109.942
Sundern (Sauerland), Stadt	+ 97.617
Winterberg, Stadt	- 1.265.631
Altena, Stadt	- 4.052.575
Balve, Stadt	+ 688.553
Halver, Stadt	- 1.267.697
Hemer, Stadt	- 5.056.244
Herscheid	+ 108.537
Iserlohn, Stadt	+ 2.992.939
Kierspe, Stadt	- 606.364
Lüdenscheid, Stadt	- 11.689.964
Melnerzhagen, Stadt	- 3.407.590
Menden (Sauerland), Stadt	- 5.148.926
Nachrodt-Wiblingwerde	- 745.027
Neuenrade, Stadt	- 1.208.256
Plettenberg, Stadt	+ 2.472.962
Schalksmühle	- 18.757